

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

6.3.1929 (No. 55)

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 983
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. Kneub,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einj. 32,50 RM. - Einzelnummer 10 Pf. - Samstags 15 Pf. - Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenabatt gilt und vorzeitig werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt.

Die Genfer Ratstagung

Strefemann über die Minderheitenfrage
W.B. Genf, 6. März (Tel.) In der heutigen Sitzung des Völkerbundesrates hielt Reichsminister Dr. Strefemann die mit großer Spannung erwartete Rede über die Minderheitenfrage.

Der deutsche Außenminister ging einleitend auf die Entwicklung der Minderheitenfrage in den letzten Jahren ein. Er präziserte den deutschen Standpunkt und betonte, wenn es sich bei den Minderheitenbestimmungen um eine Art Übergangsregime handeln solle, das den Zweck habe, die Minderheiten in die Mehrheiten ihrer Staaten aufgehen zu lassen, so müsse er dem auf das Bestimmteste widersprechen.

- 1. Eine Besserung des normalen Verfahrens bei der Behandlung von Minderheitenbeschwerden,
2. in Aussicht zu nehmen, daß die bisher gelübte Ausschaltung der beteiligten Nationen bei Minderheitenbeschwerden durch ihre Finanzziehung erfrist wird,
3. zu prüfen, in welcher Weise der Völkerbund seiner Garantiefunktion außerhalb des Gebietes der Petitionen zu genügen hat.

Dr. Strefemann schloß seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß der kulturelle Friede der Völker untereinander stärker als Paragraphen für den Frieden wirken.

Die für Dienstag nachmittag angesetzte Sitzung des Völkerbundesrates zur Erörterung des Minderheitenproblems auf Grund des kanadischen und des deutschen Antrages, war auf heute, Mittwoch, verlagert worden.

Die kanadischen Vorschläge haben eine Ergänzung erfahren, vor allem in bezug auf die Behandlung des Dringlichkeitsverfahrens für außerordentliche Fälle, in denen die Beschwerdeführenden ihre Klagen nicht nur ihrer Regierung, sondern sofort auch dem Generalsekretariat des Völkerbundes im Duplikat unterbreiten können.

Dr. Strefemanns Unterredung mit Briand

Strefemann hatte am Dienstag in Genf eine einstündige Unterredung mit Briand. In den Kreisen der deutschen Delegation teilt man, wie aus Genf gemeldet wird, eine von Chamberlain geäußerte Auffassung, daß die Rheinlandfrage beim gegenwärtigen Stand der Pariser Verhandlungen für eine Fortsetzung der Besprechungen noch nicht reif ist.

Internationale Kommunistenkonferenz in Basel. Für die nächste Zeit war ein großes kommunistisches Treffen mit internationaler Beteiligung im Tessin geplant worden.

Regelung älterer staatlicher Renten. Der Reichsrat hat am Dienstag u. a. auch einen Gesetzentwurf zur Regelung älterer staatlicher Renten angenommen.

Der Bauvertrag für den neuen Völkerbundpalast in Genf, bestehend aus dem Versammlungsgebäude, dem Völkerbundsekretariat und der Völkerbundsbibliothek, wurde vom Generalsekretär unterzeichnet.

Letzte Nachrichten

Die Reichsfinanzen

Der Notetat im Reichsrat
W.B. Berlin, 6. März (Tel.) Da nunmehr feststeht, daß der Reichstag den gestern vom Reichsrat verabschiedeten Reichshaushalt für 1929 nicht mehr bis zum Beginn des neuen Etatsjahres zu Ende beraten kann, so hat der Reichsfinanzminister nunmehr dem Reichsrat einen sog. Notetat vorgelegt, bis zur Verabschiedung des endgültigen Haushaltes die notwendigen Ausgaben im Rahmen des vorjährigen Etats zu halten.

Das Schicksal des vorläufigen Finanzausgleiches
W.B. Berlin, 6. März (Tel.) Zugleich mit dem Reichshaushaltsplan für 1929 und den dazugehörigen Steuervorlagen war dem Reichsrat auch ein Gesetzentwurf zur weiteren vorläufigen Regelung des Finanzausgleiches vorgelegt worden.

Die Revolution in Mexiko

Ein Sechstel der Armee meutert.
W.B. New York, 6. März (Tel.) Nach den letzten Meldungen ist der Staat Chiuhua zu den Aufständischen übergegangen. „Geralt and Tribune“ erzählt, daß in Monterey eine Art Waffenstillstand zwischen den Anhängern der Regierung und den Aufständischen herrsche.

Aus Mexiko wird gemeldet, die Stadt San Louis im Staate Sonora sei von den Regierungstruppen ohne Blutvergießen eingenommen worden.

Amerika und die Revolution in Mexiko
W.B. London, 6. März (Tel.) „Times“ schreibt in einem Leitartikel zum mexikanischen Aufstand: Es ist bezeichnend, daß Präsident Hoover zu verstehen gegeben hat, das Verbot, Waffen nach Mexiko auszuführen, bleibe in Kraft.

Feldmarschall Robertson warnt vor dem Rüstungswettbewerb

W.B. London, 6. März (Tel.) Feldmarschall Sir William Robertson äußerte gestern abend in einer Rede eine ernste Warnung gegen den zunehmenden Rüstungswettbewerb und die Gefahr eines neuen Weltkrieges.

Der Papst an die deutsche Zentrumspartei. Papst Pius XI. hat durch ein längeres Telegramm des Kardinalstaatssekretärs Gasparri an den Prälaten Kaas der deutschen Zentrumspartei für ihre Gläubigensinns zum Friedensschluß zwischen Kirche und Staat herzlich gedankt.

Zur Kritik am Reichsetat

Zum Thema Finanzpolitik und Subventionen haben wir in diesen Tagen aus einer Artikelserie des Karlsruher „Volkstfreund“ das Wesentliche wiedergegeben.

Die Sparfahigkeit bei der öffentlichen Haushaltsführung muß, wenn ein nachhaltiger Erfolg erzielt werden soll, nicht nur die Bemessung der Ausgabenhöhe im Etat bestimmen, sondern auch die Bedingungen, unter denen die damit bedachten Vorkosten von den Ausgabermächtingungen Gebrauch machen dürfen.

In den vorausgegangenen Jahren nahm die öffentliche Kritik vor allem daran Anstoß, daß im Reichsetat von den Ausnahmefällen der Haushaltsordnung in einem Umfang Gebrauch gemacht wurde, der sachlich nicht zu rechtfertigen war und die Gefahr unrationeller Geldausgabe und geheimer Fondsbildung notwendig in sich schloß.

Der Etat für 1929 läßt nicht erkennen, daß gegenüber früheren Jahren hier eine Einschränkung erfolgt wäre, im Gegenteil, es ist verschiedentlich sogar eine weitere Verschlimmerung festzustellen, wie folgende Zusammenstellung zeigt:

Table with 3 columns: Year (1929, 1928), Category (Übertragbare Ausgaben, Deckungsfähige Ausgaben, Abweichung vom Bruttoprinzip, Selbstbewirtschaftungsfonds), and Value (Millionen Reichsmark).

Bei den fortdauernden Ausgaben des ordentlichen Haushalts machen die übertragbaren Bewilligungen im Jahre 1929 5,2 Proz. der gesamten Bewilligungen aus.

Wie notwendig eine strenge Kontrolle der Haushaltsführung ist, zeigt auch die unheimliche Höhe, zu der die vom Reiche gegebenen Kredite und Garantien angewachsen sind.

reicht. Nach einer Zusammenstellung, die dem finanziellen Überblick über den neuen Haushaltsplan beigegeben ist, verteilen sich diese Kredite auf folgende Gruppen:

1. Kredite:	
	Betrag in Mill. Reichsmark
Landwirtschaft (Förderung der Fischerei, Wingerkredite, Meliorationen, landwirtschaftliches Notprogramm)	107
Industrie, Handel und Gewerbe (Rheinmetall, Röchling, Oberschleifische Dütenwerke, Ostpreußenkredit)	58
Schiffahrt (Binnenschiffahrt und Werften)	49
Luftschiffahrt (Kredite an Flugzeugwerke usw.)	9
Milderung der Arbeitslosigkeit (werthschaftende Arbeitslosenfürsorge, Darlehen an die Reichsbahn usw.)	330
Wohnungsfürsorge und Siedlung (Förderung des Kleinwohnungsbaus (187 Mill.), landwirtschaftliche Siedlung, Flüchtlingssiedlungen usw.)	373
Defektes Gebiet (für Bauten und Behebung von Notständen)	71
Sonstiges (darunter 147,5 Mill. Darlehen aus Entschädigungsfonds, die nach dem Kriegsschadenschlüssel verrechnet werden)	151

Im ganzen sind 605 Millionen aus Mitteln des außerordentlichen Haushalts gegeben worden. Der größte Teil davon besteht aus langfristigen Tilgungsdarlehen. Aus dem ordentlichen Haushalt kommen nach Abhebung der zu verrechnenden Entschädigungsdarlehen etwa 402 Millionen in Betracht, aus denen an Zins- und Tilgungsbeträgen jährlich etwa 40 Millionen erwartet werden; ein entsprechender Betrag ist bei den verschiedenen Ressorts im Etat für 1929 eingestellt. Zu den Staatskrediten kommen dann noch die sogenannten **Kassentkredite**, die der Finanzminister jeweils aus den bereiten Kassentendenzen des Reiches gegeben hat. Der größte Posten ist der **Düngemitteltkredit**, der über die Preußentasse an die Landwirtschaft geflossen ist und demnach wohl zur Hälfte in eine Reichsbeteiligung bei der Preußentasse umgewandelt wird, während die andere Hälfte noch einige Jahre stehen bleiben wird; diese Hälfte müßte dann allerdings, ebenso wie die Reichsbeteiligung, durch eine besondere Gesetzesvorlage nachträglich etabliert werden. Ähnliches gilt für die namhaften Kassentkredite, die das Land Hessen zur Behebung seiner finanziellen Notlage erhalten hat. Auch die zum Anlauf von Reichsanleihen zum Zwecke der Kursstützung ausgegebenen Beträge stellen indirekte Kassentkredite dar, soweit sie die alljährlich im Etat zur Kursstützung bewilligten Summen überschreiten.

Ungefähr ebenso hoch wie die Summe der Staatskredite ist die dem vom Haushaltsausschuß des Reichstags bewilligten **Garantien**, nämlich 1189 Millionen Reichsmark. Diese Garantien verteilen sich auf folgende Gruppen:

2. Garantien	
	In Mill. Reichsmark
Landwirtschaft (Landkraftmaschinen, Flachschiffahrt, Düngemitteltkredite, Viehverwertungsanstalten usw.)	115
Handel und Gewerbe (Kassentkredite, Exportkreditversicherung usw., Vulkan, Schichau, Mannesmann, Westfälischer Bergbau, Oberchleifische Bergbau A. G.)	300,5
Schiffahrt (Ostpreußenwerft, Redar A. G., Rhein-Main-Donau A. G., Lanf-Dampfer)	68,5
Wohnungs- und Siedlungswesen (Kleinwohnungen für Reichsbedienstete u. Kriegsschadigte, Flüchtlingsansiedlung, Kleinwohnungsbau)	295
Defektes Gebiet (Heilbäder usw.)	8
Deutsche Beamten-genossenschaftsbank	2,1

In diesen Beträgen tritt dann noch die Dividenden-garantie von 7 Proz. auf 400 Millionen Reichsmark. Vorzugsaktien der Reichsbahn, die in der offiziellen Zusammenstellung mit 400 Millionen Reichsmark angesetzt, aber nach Lage der Dinge wohl nur nominell ist. Auch die Bürgschaft für Flüchtlingssiedlungen in Höhe von 70 Millionen ist noch nicht in Anspruch genommen, ferner von den Bürgschaften für Kleinwohnungsbau bisher nur ein Betrag von 45 Millionen von den insgesamt bewilligten 200 Millionen. Von den landwirtschaftlichen Dünge-mitteltkrediten sind 30 Millionen bereits abgedeckt. Bleibt man die Dividenden-garantie für die Reichsbahn vorzugsaktien, die noch nicht endgültig übernommen, und die abgemeldeten Bürgschaften von der Gesamtsumme ab, so bleibt ein Betrag von 513 Millionen übrig. Wie groß das darin stehende Risiko tatsächlich ist, ist schwer zu beurteilen. Aus den Dünge-mitteltkrediten ist das Reich bisher mit 50 000 Reichsmark in Anspruch gekommen worden, aus den Exportkrediten mit 15 000 RM, aus der Bürgschaft an die Beamten-genossenschaftsbank mit 1,1 Millionen Reichsmark. Dagegen hat die Bürgschaft für die Vulkanwerke das Reich mindestens 4,8 Millionen gekostet, wenn nicht mehr; bei dem Schichau-kredit wird es nicht billiger davontommen, aus dem Mannesmannkredit ist es mit 9,3 aus den Wingerkrediten in der vollen Höhe von 30 Millionen in Anspruch genommen worden. Die amtliche Darstellung gibt ohne weiteres zu, daß sich als am risikoreichsten die Garantien für Kredite an einzelne Industrie-Unternehmungen erwiesen haben, also die sogenannten **Subventionenkredite**.

Dieses peimliche Ergebnis der Subventionenkredite und -kredite bestätigt natürlich vollkommen die immer wieder an solchen Aktionen geübte Kritik und rechtfertigt erneut die Forderung, daß der Reichstag keinen Kredit und keine Garantie mehr zustimme, die nicht in einer ordentlichen Gesetzesvorlage an ihn gebracht wird. Kredite und Bürgschaften für einzelne Unternehmen sollten überhaupt in Zukunft weder von der Regierung angefordert noch vom Reichstag bewilligt werden.

Große Landwirtschaftliche Wanderausstellung München

Die Stadt München besitzt in der Theresienwiese wohl das schönste und zweckmäßigste Ausstellungsgelände in ganz Europa. Inmitten der Landeshauptstadt gelegen, überragt vom ehernen Standbild der Bavaria, bietet sich hier eine große freie Ausstellungsfäche, die in jeder Hinsicht die besten Verkehrsbedingungen aufweist. Die Ausstellung (4. bis 9. Juni) wird eine Fläche von insgesamt 40 Hektar einnehmen. Dieses große Gelände ist nach dem Stand der Anmeldungen von Ende Februar bereits vollkommen belegt. Der Haupteingang liegt an der Nordspitze des Platzes. Der Fußweg vom Südbau des Hauptbahnhofs beansprucht nicht mehr als 10 Minuten. Im übrigen ist die Verwaltung der Münchener Straßenbahn in der Lage, den zeitweise erwarteten Zustrom von 80 000 bis 100 000 Besuchern glatt zu bewältigen und wieder in die Stadt zurückzuführen. Der **Wohnungsnachweis** liegt in der Hand der Kongreß- und Verkehrsstelle München (Hauptbahnhof, Südbau), Fernsprecher 58493; Druckschrift: Kongreßverkehr München. Bei dem zu erwartenden Massenbesuch empfiehlt es sich, schon jetzt eine Wohnung zu bestellen.

Der Etat vor dem Reichsrat

Annahme des Haushalts und der Steuervorlagen
Der Reichsrat beschäftigte sich am Dienstagmorgen in einer Vollversammlung mit dem Reichshaushalt für 1929. Der preussische Ministerialdirektor Dr. Bredt erstattete den Bericht der Ausschüsse. Er führte u. a. aus:

Die **Kassensituation** ist zur Zeit die dringendste Sorge. Wir sind jetzt tatsächlich so weit, daß über die zulässigen Betriebskredite hinaus die gesamten offenen Anleiheermäßigungen im Wege kurzfristigen Kredits voll flüssig gemacht werden müssen. Die Ausschüsse haben eine etwa mögliche Mithilfe von Länderteile angeboten und empfohlen, jede verschiebbare Ausgabe über den 1. April zu verschieben. Als Entlastung für 1929 ist eine innere Anleihe im Werte von 164 Millionen bei den Trägern der Invalidenversicherung vorgesehen. Im Reichsrat hat sich jedoch eine entscheidende Änderung ergeben. Die **steigende Arbeitslosigkeit** hat das Reich genötigt, der Reichsanstalt aus Kassemitteln Darlehen von mehr als 100 Millionen zu geben. Sie wird im nächsten Winter auch bei normaler Arbeitslosigkeit mindestens 150 Millionen vom Reich entleihen müssen. Reichsregierung und Reichsrat haben es für notwendig gehalten, daß das 150-Millionen-Darlehen in den außerordentlichen Haushalt eingepreist und die bei der Invalidenversicherung aufgenommene Anleihe hierfür verwendet wird. Der außerordentliche Haushalt hat mithin im Reichsrat eine **vollständige Umgestaltung** erfahren.

Das Gleichbleiben der realen Ausgaben ist der charakteristische Punkt des neuen Haushalts. Mit dem Nachtragshaushalt ergab sich insgesamt eine Verflechtung um 797,1 Millionen Reichsmark. Die Ansätze für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer lassen die in der Wirtschaft zur Zeit drohende empfindliche Gefahr besonderer Krisen bewußt außer Betracht. Der Ansatz für die Zölle steht dagegen ein wenig gute Ernte voraus. Eine sichere Deckung ist das nicht. Es handelt sich trotz der hohen neuen Steuern nur um eine **vorläufige Balance mit der Gefahr eines Fehlbetrages**. Die Steuervorlagen wurden mit Mehrheit angenommen. Der Erfolg durch die **Umsatzsteuer** abgelehnt. Die Senkung der Einkommensteuer für mittlere Einkommen wurde als für den Einzelnen wenig fühlbar, aber fiktalisch einschneidend abgelehnt. Die Kürzung der **Überweisung** an die Länder und Gemeinden wird von den Ländern besonders schwer empfunden. Es wird in Wahrheit ein dem Reich drohendes Defizit auf die Länder abgedrückt. Das Problem des **Finanzausgleichs** muß tiefer angefaßt werden, als es durch eine ersatzlose mechanische Kürzung geschieht.

1929 wird mit Recht als **Notjahr** bezeichnet. Im Bereich realer Möglichkeiten gibt es für die nächsten Jahre nur eine mögliche Entlastung, d. h. die **Senkung der Reparationslast** und die **Räumung des besetzten Gebiets**. Reichsfinanzminister Dr. Hilferding gab im Namen der Reichsregierung die Erklärung ab, daß sich die Regierung mit dem Vorstoß der Reichsratsausschüsse in einigen Punkten nicht einverstanden erklärt und dort **Doppelvorlagen** machen werde. Vor allem richtete sich der Widerspruch der Reichsregierung gegen die Ausfüllung des Verzeichnisses über die **Dilhilfe** mit 25 Millionen Reichsmark. Reichswehrminister Gröner bedauert die vorgeschlagenen Streichungen an den **Reiseausgaben**.

Ein Antrag Bayerns, die Deckung des Fehlbetrags des Reichshaushalts allein durch eine Erhöhung der Umsatzsteuer auf 1 v. H. vorzunehmen, wird mit 48 gegen 20 Stimmen abgelehnt. Die **Ausführungsvorlage über die Änderung des Biersteuergesetzes** wurde mit 41 gegen 27 Stimmen angenommen. Ebenso wurde mit großer Mehrheit die **Ausführungsvorlage zum Brauntweinmonopol** angenommen. Hierbei gab auf Wunsch der badischen Regierung der Präsident der Reichsmonopolverwaltung die Zusage, daß den kleinen Brennerereien Erleichterungen gewährt werden sollen.

Ferner wurde angenommen der Entwurf des Ausschusses zur Änderung der **Erbhöfsteuer** mit 38 gegen 30 Stimmen. Der Regierungsentwurf über die Senkung des **Einkommensteuer**tarifs bei den mittleren Einkommen wurde, abgesehen von einigen nebensächlichen Bestimmungen, abgelehnt. Nachdem dann noch ein bayerischer Antrag auf **Streichung des Vermögenssteuerzuschlags** mit 43 gegen 26 Stimmen abgelehnt worden war, stellte der Reichsfinanzminister fest, daß damit der **Haushalt vom Reichsrat angenommen** worden ist.

Stürmische Landtagsitzungen

In der Eröffnungsitzung des Hessischen Landtags kam es am Dienstag zwischen den Kommunisten und dem Präsidenten zu einem scharfen Zusammenstoß, weil dieser die **kommunistischen Erwerbslosen** nicht auf die Tagesordnung gesetzt hatte. Der Präsident schlug vor, die Erwerbslosen-ansprüche auf die Tagesordnung vom Mittwoch zu setzen. Hiergegen wurde von den Kommunisten Einspruch erhoben. Der Dringlichkeitsantrag wurde jedoch abgelehnt. Infolgedessen erhob sich auf den Tribünen ein ungeheurer Lärm, und die Abgeordneten wurden in Zureufen beschimpft. Der Präsident unterbrach die Sitzung und ließ die Tribünen, auf denen sich zahlreich Erwerbslose befanden, räumen. Die Erwerbslosen rotteten sich dann vor dem Landtagsgebäude zusammen, so daß die Verkehrsregeln Ordnung schaffen mußte.

Im **Preussischen Landtag** wurde am Dienstag ein **deutschnationaler Mißtrauensantrag** gegen den Innenminister abgelehnt. Ein **Flaggeninitiativgesetz** wurde in dritter Lesung angenommen. Dabei kam es zu einem erregten Zwischenfall. Das Gesetz will die Beflaggung der kommunalen Dienstgebäude sowie die Beflaggung der öffentlich-rechtlichen Körperschaften mit Ausnahme der Kirchen in den staatlichen Anordnungsbezirk einbeziehen. In einer sehr scharfen Polemik gegen dieses Gesetz sprach der deutschnationale Abg. **Steuer** schließlich vom **Revolutionenspiegel von 1918** usw. Zumul-tarische Szenen folgten ein; insbesondere Sozialdemokraten und Kommunisten drangen gegen das Rednerpult vor und schrien: **„Aus mit dem Burden!“**. Tätlichkeiten wurden nur dadurch vermieden, daß Präsident Bartels seinen Stuhl verließ und damit das Zeichen zur Unterbrechung der Sitzung gab.

Über das **Volksbegehren des Stahlhelms** sprach in München der Führer dieser Organisation, Franz Seidte. Das Volksbegehren sei auf eine möglichst einfache Form gebracht und enthalte nur zwei Forderungen, nämlich eine Verstärkung der Befugnisse des Reichspräsidenten und die Aufhebung der Immunität der Abgeordneten bei Vergehen des Landesverrats. Der Reichspräsident soll sein Kabinett selbst zusammenstellen oder entlassen können.

Die **Einfuhrbeschränkung für amerikanische Gerste**. Die Geltungsdauer der Verordnung über die Einfuhr von Gerste aus den Vereinigten Staaten ist bis zum 31. Mai 1929 verlängert worden.

Der **deutsche Bierverbrauch**. Die im deutschen Zollgebiet versteuerten Biermengen sowie die steuerfrei gelassenen Mengen betragen im letzten Vierteljahr 1928 12 606 000 Hektoliter gegen 11 586 000 Hektoliter im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. 97,1 Proz. waren Vollbier, 1,7 Proz. Einfachbier und 0,2 Proz. Starbier.

Die **Trauerfeier für Wilhelm von Bode**. Im Kaiser-Wilhelm-Museum zu Berlin fand Dienstag mittag eine Trauerfeier für den verstorbenen Wilhelm von Bode statt.

Badischer Teil

Badische Verfassungsfeier

Aus Anlaß des 10jährigen Bestehens der badischen Verfassung wird am **Donnerstag, den 21. März 1929, abends 8 Uhr**, in Karlsruhe, im großen Festsaal, unter Mitwirkung des Badischen Landes-theaterdirektors (Leitung: Generalmusikdirektor Josef Krips) eine öffentliche Feier stattfinden, bei der Landtagspräsident Dr. Baumgärtner die Festansprache halten wird.

Badischer Landtag

Der Haushaltsausschuß

beschäftigte sich am Dienstag vorwiegend mit den **Zollanträgen des Zentrums** zugunsten der Landwirtschaft, deren Beratung kürzlich vertagt worden war. Sie werden begründet mit der Notlage der Landwirtschaft und mit dem Hinweis auf die Stellungnahme der Regierung bei den kommenden Reichsratsverhandlungen. Von **sozialdemokratischer Seite** wurden die Anträge aus grundsätzlichen Erwägungen abgelehnt.

Ein **Zentrumsabgeordneter** erklärte zur Begründung des Antrages auf günstigere Viehzölle, die Agrarkrise habe ihre Hauptursache in den niedrigen Preisen für Vieh und sonstige landwirtschaftliche Erzeugnisse. Auch sei der Absatz von Vieh viel zu schleppend. — Der **Fleischzollantrag** wurde mit allen gegen 4 sozialdemokratische Stimmen angenommen.

Weiter behandelte der **Ausschuß** den Zentrumsantrag auf einen **höheren Zuderzoll**. Zur Begründung wird ausgeführt, daß die Zollhöhung namentlich im Interesse der Landwirtschaft des badischen Unterlandes liege und eine Steigerung des Verkaufspreises nach Lage der Verhältnisse ausgeschlossen sei. — Der Antrag fand gegen die Sozialdemokraten Annahme, bei Stimmenthaltung der Demokraten.

Das Zentrum beantragt schließlich eine günstigere **Festsetzung der Zölle für Weizen, Roggen und Safer**, und verlangt außerdem, daß die Reichsregierung auf eine stärkere Verwendung inländischen Getreides bei den deutschen Mühlen hinwirken solle. Wie aus dem Bericht des Abg. **Oetting** hervorgeht, wird die Hälfte des in Deutschland zur Ver-mahlung kommenden Weizens mit 25 Millionen Doppelzentner aus dem Auslande eingeführt.

An der Aussprache beteiligten sich die Vertreter aller Parteien. Es kam zum **Ausbruch**, daß infolge der völlig unzulässigen Preise der **Getreide** in Vergleich zur Vorkriegszeit **gänzlich unrentabel** geworden sei. Bei einer Steigerung der Produktionskosten um mindestens 60 bis 70 Prozent seien die Getreideverkaufspreise gegenüber der Vorkriegszeit ungefähr die gleichen geblieben. Dabei ist die Getreideproduktion gewissermaßen das Rückgrat der deutschen Landwirtschaft; auch in verschiedenen Gegenden Badens spielt er heute noch eine ausschlaggebende Rolle.

Schließlich wurde auch dieser Antrag des Zentrums mit allen gegen die sozialdemokratischen Stimmen angenommen.

40jähriges Dienstjubiläum

Einer der verdientesten badischen Schulmänner, Ministerialrat Dr. phil. h. c. **Kunzer**, der bis zu seiner Berufung ins Ministerium im Jahre 1914 an verschiedenen badischen Gymnasien mit Erfolg gewirkt hat, konnte auf eine 40jährige Tätigkeit im Staatsdienste zurückblicken. Er ist Referent für die Gymnasien unseres Landes und beratend tätig. Leiter der Ministerialabteilung für Körperpflege und Leibesübungen. Ein besonderes Verdienst hat sich Dr. Kunzer durch die Errichtung der altphilologischen Fortbildungskurse in Meersburg erworben, wie ihm auch die Gründung der deutsch-griechischen Gesellschaft in Karlsruhe zu verdanken ist, deren Leitung er lange Jahre inne hatte.

Aus der badischen Landwirtschaft

Zum dritten Bauerntag in Raastatt

versammelten sich am Samstag über 800 Bauern, um zu den lebensnotwendigen Fragen der Landwirtschaft Stellung zu nehmen.

Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden, Güterdirektor **Buch**, Raastatt, nahm zum wichtigsten Referat der **Präsident der Badischen Landwirtschaftskammer, Dr. h. c. Graf Douglas**, das Wort. Er hielt einen für die Versammelten überaus lehrreichen Vortrag über die zukünftige Gestaltung der **Milch-wirtschaft** in Baden. Im Rahmen des landwirtschaftlichen Notprogramms, so führte der Redner u. a. aus, sei auch jetzt ein Betrag von 8 Millionen Reichsmark für die milchwirtschaftlichen Belange zur Verfügung gestellt worden. Nachdem jetzt auch durch die Gewährung einer jährlichen Hilfe von 20 Millionen Reichsmark für die nächsten fünf Jahre für die Landwirtschaft Mittel zur Verfügung ständen, müsse nunmehr darauf gegangen werden, in der Landwirtschaft aktiv zu reorganisieren. Die badische Milch sei für über 500 Millionen Reichsmark jährlich ausländische Milch zu importieren. Dieser Millionenimport werde überflüssig, wenn die deutsche Landwirtschaft sich auf dem Gebiete der Milchproduktion **weidmännisch** organisiere. Als Grundlage müsse die **Genossenschaft** dienen. Sie allein wird in der Lage sein, alle Mängel zu beseitigen. Heute könnten beispielsweise nur 25 Proz. der Milchproduktion Abnahme finden, während 75 Proz. weiter verarbeitet werden. Die **Verarbeitung andererseits** sei in Deutschland zur Zeit durchaus nicht auf der Höhe. Daraus erklärte sich auch der **Import ausländischer Milchprodukte**. Hier liege für die deutsche Landwirtschaft die zweite große Aufgabe: Die **Qualitäts-verbesserung** unserer Milchproduktion. Der deutsche Konsument wird dann auch deutsche Ware gern kaufen. Die **Ausbildung erflaffiger Kaufmännischer und technischer Arbeitkräfte** sei hierbei die wichtigste Voraussetzung. Ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der Milchwirtschaft in Baden bedeutet die beabsichtigte **Schaffung von großen Molkereien** in Offenburg, Baden-Baden und Freiburg. Groß sei die Arbeit, so schloß der Redner, aber wir werden sie leisten, weil wir sie leisten müssen.

Nach einem Referat des Generaldirektors **Dr. Schwoerer**, Freiburg, über die bevölkerungspolitische Bedeutung des Bauernstandes sprach Güterdirektor **Buch** über die Mittel zur Bänderung der Notlage in der Landwirtschaft des Raastatter Bezirkes.

Die Tagung nahm ihr Ende mit einer eingehenden Diskussion.

Ausgezeichnete Qualitäten der Kaiserlicher Weine. Am Freitag fand in Jhringen unter sehr zahlreicher Beteiligung (222 Nummern) die Weinprämierung des Kaiserlicher Weinbauvereins statt. Die Qualitäten waren durchweg vorzüglich. Es konnten über 60 erste Preise verteilt werden.